

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Laura Hopmann (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

**Uranlieferungen nach Lingen (Ems): Wie will der Niedersächsische Umweltminister die Lieferung von russischem Uran an die Brennelementefabrik in Lingen verhindern?**

Anfrage der Abgeordneten Laura Hopmann (CDU), eingegangen am 05.12.2022 - Drs. 19/108 an die Staatskanzlei übersandt am 06.12.2022

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 16.12.2022

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Uranlieferungen aus Russland machen aktuell rund 20 % des gesamten Importbedarfs der Europäischen Union aus. Auch die Brennelementfertigungsanlage des französischen Unternehmens Framatome in Lingen (Ems) bezieht regelmäßig Uran russischen Ursprungs. Russische Atomimporte sind von den EU-Sanktionen nach wie vor ausgenommen. Der niedersächsische Minister für Umwelt und Energie Christian Meyer äußerte sich dazu in einem Beitrag des Fernsehsenders ARTE Mitte November wie folgt: „Das Land hat da keine Kompetenz. Atomgesetz ist Bundessache. Wir setzen uns als Land Niedersachsen dafür ein, dass die Abhängigkeit von russischem Uran beendet wird. Dass man keine Geschäfte macht und auch dieser Bereich zu den Sanktionen gehört.“

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Laut Koalitionsvertrag drängt die neue rot-grüne Landesregierung „darauf, Uranimporte aus Russland zur Brennelementefabrik zu stoppen.“ Wie in der Vorbemerkung richtig zitiert, ist die Ein- und Ausfuhr von Kernbrennstoff Bundessache. In Erfüllung des Koalitionsvertrages setzt sich das „Land Niedersachsen dafür ein, dass die Abhängigkeit von russischem Uran beendet wird. Dass man (mit Putins Russland) keine Geschäfte macht und auch dieser Bereich zu den Sanktionen gehört“.

Transporte von russischem Uran zur Brennelemente-Fertigung in Lingen sind immer wieder Gegenstand öffentlicher Berichterstattung.

Daher wird das Schreiben von Bundesumweltministerin Steffi Lemke begrüßt, in dem es heißt, dass „es ist aus Sicht des BMU im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit des deutschen Atomausstiegs generell erforderlich ist, die Kernbrennstoffproduktion zu beenden“. Dafür ist aber eine Änderung der Gesetzeslage auf Bundesebene erforderlich. Bisher war die Herstellung von Brennelementen in Lingen ebenso wie die Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) vom deutschen Atomausstieg ausgenommen.

- 1. Liegen der Landesregierung Informationen darüber vor, in welcher Menge im Laufe des kommenden Jahres Uran aus Russland an die Brennelementefabrik in Lingen geliefert werden soll, und wenn ja, wie viel?**

Der Landesregierung liegen hierzu derzeit keine Informationen vor.

**2. Wann ist die nächste Lieferung russischen Urans an die Brennelementefabrik in Lingen geplant?**

Der Landesregierung liegen hierzu derzeit keine Informationen vor.

**3. Auf welchem Wege wird die Landesregierung sich angesichts mangelnder Zuständigkeit für ein Importverbot von russischem Uran einsetzen?**

Wie in der Vorbemerkung geschildert, setzt sich die Landesregierung in Erfüllung des Koalitionsvertrages politisch und öffentlich gegenüber dem Bund dafür ein, die Uranimporte aus Russland zur Brennelementefabrik in Lingen zu stoppen. Der aktuellen Berichterstattung ist zu entnehmen, dass Bundesumweltministerin Steffi Lemke das Ende der Brennelemente-Produktion in Deutschland und damit in Lingen fordert. In diesem Zusammenhang bezieht ihr Ministerium auch Stellung zu den Uran-Importen und verweist darauf, dass derzeit keine europäischen Sanktionen bestehen, die den Uran-Import aus Russland beenden. Das Umweltministerium begrüßt das Engagement des Bundesumweltministeriums, sich auf europäischer Ebene für eine Erweiterung der Sanktionsmaßnahmen auf Uranimporte aus Russland einzusetzen.

(Verteilt am 19.12.2022)